Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 181 (2015)

Heft: 12

Artikel: Atomvertrag : iranischer Überlebenswille oder aussenpolitische Neuorientierung?

Autor: Matzkern, Heino

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-583270

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Atomvertrag: Iranischer Überlebenswille oder aussenpolitische Neuorientierung?

Lange genug hat es ja gedauert. Nach zwölf Jahren einigten sich am 14. Juli 2015 die fünf UN-Veto-Mächte und Deutschland (5+1-Gruppe) sowie der Iran in Wien über die heikle Nuklear-Frage. Nutzt Teheran seine atomaren Einrichtungen wirklich für die zivile Energieversorgung – wie von Teheran behauptet und vom Westen bezweifelt – oder plant es, militärische Fähigkeiten aufzubauen?

Heino Matzken

Darüber stritten die Experten lange, bevor dann doch endlich eine detaillierte Einigung erfolgte. Die Zeitungen überschlugen sich fast: «historisches Abkommen», «ein Symbol für die Kraft der Diplomatie» und Aussenminister Steinmeier nannte es «auch für mich persönlich ein grossartiger Moment».

Der Joint Comprehensive Plan of Action

Das neueste Übereinkommen, so die Befürworter, könnte den Weg für eine langfristige Lösung im Konflikt um die iranischen nuklearen Bestrebungen ebnen. Der «Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA» (der gemeinsame umfassende Aktionsplan) beschreibt auf über 100 Seiten Regeln und einen institutionellen Rahmen, um einerseits das Atomprogramm zu begrenzen und andererseits – für viele noch wichtiger – es zu kontrollieren. Und genau hier liegt der Kern des Problems, welcher die Konfliktparteien jahrelang am Verhandlungstisch festnagelte. Allen Beteiligten, die an der Ausarbeitung des Abkommens beteiligt waren, gebührt ein grosses Lob! Doch in diesem Moment innerer Selbstzufriedenheit sollte – ohne sofort in das israelische Horn des fundamentalistischen Misstrauens gegen das Mullah-Regime blasen zu wollen – die Wachsamkeit nicht vernachlässigt werden!

Die Einigung zwischen Teheran und der 5+1-Gruppe zog sich nämlich aus eben diesem Grund so lange hin. Vielleicht war es Einsicht, wahrscheinlich aber eher die erdrückenden Auswirkungen der Sanktionen, welche Präsident Rohani letztendlich zum Einlenken bewegten. Der nun gefundene Kompromiss sollte die Zusammenarbeit mit dem seit der iranischen Revolution 1979 «verteufelten» Staat auf eine auf Transparenz und gegenseitiges Vertrauen fussende Basis stellen. Nur so kann das schiitische Land mittelfristig seine ihm eigene Rolle als Regionalmacht zum Nutzen der gesamten Golfgegend einbringen. In der Zeit eines zerfallenen Iraks, des Bürgerkriegs in Syrien und mit Blick auf den Terrorismus des Islamischen Staats ist ein Stabilitätsfaktor nötiger denn je!

Atomprogramm des Iran. Bild: wikipedia

Nutzung der Nuklearenergie

Bereits der damalige Schah Mohammad Reza Pahlavi erkannte in den 60er Jahren die Begrenztheit fossiler Brennstoffe, selbst für sein Land, und begann mit der Nutzung der Nuklearenergie. So brachten 2002 Geheimdienste die Existenz von 164 Zentrifugen zur Urananreicherung in der Anlage in Natans ans Licht. Nur ein Jahr später begannen daraufhin die Verhandlungen, um den Iran zur ausschliesslich zivilen Nutzung der Atomenergie zu bringen. Durch den Krieg gegen den irakischen Erzfeind Saddam Hussein kurzzeitig aus dem Blickwinkel des Westens verschwunden, konnte Teheran sein Arsenal bis 2009 auf über 10000 Zentrifugen ausweiten. Als die «ernsthaften» Verhandlungen 2013 begannen, hätte das Mullah-Regime mit 19000 Zentrifugen innerhalb von nur drei Monaten das für eine Atombombe nötige Uran produzieren können. Ein Horrorszenario, nicht nur für den 1200 Kilometer entfernten jüdischen Staat.

US-Präsident Obama nannte den Atom-Deal einen «historischen Durchbruch», denn nun wird Teheran mindesten zwölf Monate benötigen, um ausreichend atomwaffenfähiges Uran produzieren zu können. Das Juli-Abkommen basiert auf dem Genfer Aktionsplan vom November 2013 und dem im April 2015 in Lausanne unterschriebenen Rahmen-

Satellitenfoto von 2012 der verdächtigen Atomanlage Fordo (zwischen Teheran und Natans). Bild: dw.com

plan. Während Präsident Rohani versprach, «freiwillige Massnahmen» zu ergreifen, macht die Verabschiedung der UN-Resolution 2231 kurz danach die Vereinbarung rechtsverbindlich. Der Vertrag trat am 19. Oktober, dem «adoption day», in Kraft. Erst nach der Erfüllung diverser Auflagen kann Teheran Anfang 2016 mit der Aufhebung von verschiedenen Sanktionen rechnen. Man spricht von dem sogenannten «implementation day», an welchem automatisch sieben UN-Resolutionen (erlassen zwischen 2006 und 2013) aufgehoben werden. Doch gleichzeitig bleiben die Embargos das schärfste Schwert der Weltgemeinschaft. Als diplomatische Meisterleistung gilt in diesem Zusammenhang das sogenannte «Snapback-Verfahren». Danach kann jedes ständige Mitglied des UN-Sicherheitsrats im Falle von Vertragsbruch die Iran-Sanktionen allein wieder in Kraft setzen. Diese wirtschaftlichen Druckmittel bremsten die Entwicklung des Landes über Jahre massgeblich. Nach neun Jahren Sanktionen liegt die Wirtschaft am Boden und die Infrastruktur bedarf dringend einer Modernisierung. Ein Eldorado auch für deutsche Firmen. Doch nicht alle Sanktionen fallen sofort. Erst nachdem die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) die Konformität Irans mit den verhandelten Auflagen bestätigt, erfolgt eine schrittweise Aufhebung ab Anfang des Jahres 2016. Das Waffenembargo sowie die Massnahmen gegen ein Raketenprogramm bleiben weitere fünf bzw. acht Jahre in Kraft.

Begrenzung der Anreicherungskapazität

Die technischen Details der Vereinbarung sind umfangreich und lassen wenige Interpretationsmöglichkeiten. So begrenzt der JCPOA die iranischen Anreicherungskapazitäten in den kommenden zehn Jahren. Bis 2025 darf Teheran lediglich 5060 Zentrifugen in Natans und 1044 in Fordo – also weniger als ein Drittel der aktuell 19000 verfügbaren – weiterhin betreiben. Für die Produktion der für einen nuklearen Sprengsatz nötigen Menge hochangereicherten Urans benötigt der Iran damit mindestens ein Jahr. Teheran darf bis 2030 Uran nur auf den Grad von 3,67% anreichern, also für den Betrieb von Leichtwasserreaktoren nutzbar. Die geheime Anlage in Fordo soll zum Forschungszentrum umgebaut werden – mit westlicher finanzieller Unterstützung. Gleichzeitig müssen die Bestände von 12000 auf 300 Kilo reduziert werden (z.B. im Austausch für Natururan aus Russland oder durch Verkauf zu handelsüblichen Preisen). Teheran garantiert die lückenlose Überwachung aller Anlagen. Es kann gegen Inspektionen Einspruch einlegen, aber damit eine Durchsuchung lediglich bis zu 24 Tage hinauszögern.

Auf der anderen Seite verspricht die 5+1-Gruppe Unterstützung beim Bau von bis zu acht weiteren Leichtwasserreaktoren. Der Schwerwasserreaktor in Arak wird unumkehrbar zu einem Forschungsreaktor umgebaut. Entscheidender Punkt der Vereinbarungen, welcher auch zu den wiederholten zeitlichen Verschiebungen führte, ist die Verifikation. In einem Zusatzprotokoll erlaubt Teheran die Inspektion auch militärischer Anlagen. Dabei handeln Inspektoren und inspizierter Staat den Zugang aus, nach dem Prinzip: «so viel Transparenz wie nötig, so viel Schutz vertraulicher Informationen wie möglich». Eine gemeinsame Kommission aus gleichberechtigten Mitgliedern aller Vertragspartner wird in den kommenden zehn Jahren über die Einhaltung wachen.

Doch wenn man ehrlich ist, hat der «historische Deal» die nukleare Bedrohung aus der umkämpften Region des Nahen Osten nicht beseitigt, sondern möglicherweise nur vertagt. Nach einer 15-jährigen Übergangszeit erlangt Teheran schrittweise seine atomaren Freiheiten zurück. Danach wird es sich 2040 nicht mehr von an-

Schwerwasserreaktor Arak. Bild: salzburg.com

deren Unterzeichnern des Atomwaffensperrvertrages unterscheiden. Es könnte alle zur Herstellung eines Sprengsatzes benötigten Fähigkeiten legal besitzen und damit zu einer sogenannten «Schwellenmacht» werden.

Positive Folgen?

Trotz allem wird der «Atom-Deal» auch weitreichende positive Folgen haben. Die Rolle des Iran und seine Stellung als Regionalmacht gelten als gestärkt. Bereits einige Wochen nach Abschluss des Vertrages standen Industrievertreter der westlichen Staaten Schlange, um lukrative Geschäfte mit dem an fossilen Brennstoffen reichen Land abzuschliessen. Die seit Jahren gespannte wirtschaftliche Situation des Mullah-Regimes aber auch der Bevölkerung könnte sich schlagartig verbessern. Als einen enormen Prestigegewinn der Regierung und seines Premierministers Hassan Rohani beurteilten nationale, aber auch internationale Medien den Vertrag. Ob das Land an der Strasse von Hormus die damit gewonnene Autonomie nutzen kann, um für mehr Sicherheit und Frieden im Nahen und Mittleren Osten zu sorgen, bleibt abzuwarten. Kritiker dagegen befürchten sogar einen Missbrauch der verbesserten Stellung Teherans. Die Unterstützung der schiitischen Hisbollah im Libanon und derzeit in Gefechten an der Seite Assads sowie steigender Einfluss im benachbarten Irak und im Jemen unterstreichen diese Furcht. Die Schutzmacht der Schiiten könnte in der jetzigen Situation, während die Weltgemeinschaft durch IS-Terror und Kurdenproblematik abgelenkt ist, fast unbemerkt Tatsachen schaffen.

«Der Atom-Deal stellt einen historischen Durchbruch dar.»

Präsident Barak Obama

Positiv betrachtet bedeutet das Abkommen einen Neuanfang in den Beziehungen zwischen den USA und dem Iran. Nach der Vertreibung des Schah 1979 und der 444-tägigen Geiselnahme der amerikanischen Botschaft herrschte jahrelang eine politische Eiszeit. Nicht umsonst zählte Präsident George W. Bush in seiner Rede zur Lage der Nation den Iran zu der «Achse des Bösen».

Kritik gegen ein Entgegenkommen wird, wie nicht anders zu erwarten, von potentiellen Konkurrenten des Iran geäussert. So werfen die Staaten des Golfkooperationsrates Teheran vor, seine Macht besonders in Krisengebieten auszuweiten. Sie sehen in dem Abkommen eine grosse Chance für den Iran, gravierende Vorteile im Ringen um die Vorherrschaft in der Region zu erlangen. Die Ankündigung des starken Mannes, Religionsführer Khamenei, die Verteidigungsausgaben 2016 auf 5% des Gesamtbudgets anzuheben, beruhigten die Nachbarn nicht wirklich.

Trotzdem reagierten die umliegenden Staaten auf die Einigung im Atom-Streit mit einer Ausnahme relativ gelassen. Saudi-Arabien zeigte sich vor allem nach dem Kauf von 600 Patriot-Flugabwehrraketensystemen im Wert von fünf Milliarden Dollar aus den USA zurückhaltend. Auch der türkische Präsident Erdogan sieht das Abkommen als «wichtige Entwicklung für den Frieden in der Region».

Nur Israel ist weiterhin überzeugt, dass der Iran mit dem Abkommen nichts weiter als ein taktischer Schachzug gelungen ist und nicht an der Entwicklung von Atomwaffen gehindert wird. Premierminister Netanjahu sprach daher von einem «historischen Fehler». Die 10000 im Iran lebenden Juden teilen die Meinung des israelischen Regierungschefs jedoch nicht. Ihre Synagogen benötigen, im Gegensatz zu vielen anderen in Europa, keine Bewachung und gemäss Verfassung sind sie sogar mit einem Sitz im iranischen Parlament vertreten. Besonders Aussenminister Zarif gibt sich judenfreundlich und erinnert gern an das uralte Band zwischen Persern und Juden seit Kyros der Grosse 539 v. Chr. sie aus der Sklaverei in Babylon befreite.

Ob der Atomkompromiss nun aus innerer Überzeugung oder aufgrund äusseren Drucks erfolgte, ist eigentlich irrelevant. Die kommenden Monate und Jahre werden zeigen, ja sogar beweisen müssen, ob der Optimismus der Weltgemeinschaft oder der Pessimismus Israels obsiegt und der Frieden in der Region eine Chance hat! ■

OTL im Generalstab
Heino Matzken
Diplom Informatiker
Deutscher VtdgAttaché
in Belgien
1150 Woluwe St Pierre

Das Wort des CdA

Geschätzte Kader, liebe Leserschaft

Sicherheit zählt. Wirtschaft, Bildung und Forschung, ja sogar die Kultur brauchen Sicherheit. Wo Sicherheit fehlt, ist die Entwicklung in Frage gestellt. Ein Blick hinaus in die Welt genügt, um diese Aussage bestätigt zu erhalten.

Ein paar Beispiele: In der Arktis halten mehrere Staaten die Hand auf vermutete Rohstoffvorkommen, im südchinesischen Meer führen Gebietsansprüche zu gefährlichen Provokationen, in Osteuropa herrscht Krieg, im Nahen Osten ist eine Terrorgruppe zur Staatsmacht geworden und inmitten von Afrika werden Frauen und Kinder entführt, missbraucht und getötet. Das Bild der Konflikte ist um Cyberattacken und Terror ergänzt worden.

Die Mixtur wird zunehmend widerlich und gefährlich.

Die Auswirkungen kennen mittlerweile auch wir: Verunsicherung, schleppende Wirtschaftsentwicklung und vermeintlich überraschende Migrationsströme von Kriegsvertriebenen und Wirtschaftsflüchtlingen.

Inzwischen werden hüben und drüben wieder militärische Manöver durchgeführt. Militärische Potenziale werden eilig aufgebaut – zur Verteidigung. Was aber, wenn die Machthabenden die Absicht ändern und die Mittel aggressiv zum Einsatz bringen? Niemand weiss, was morgen passiert.

Die Schweiz hat eine über 160-jährige Phase ohne Krieg hinter sich. Ein echtes Privileg! Am Horizont aber ziehen Wolken auf. Die Sicherheit und damit der Frieden und schliesslich der Wohlstand von uns allen sind gefährdet.

Wir tun deshalb gut daran, uns auf Konflikte, Krisen und Katastrophen vorzubereiten. Mit unserer Milizarmee. Diese ist die einzige strategische Sicherheitsreserve der Schweiz. Dafür braucht es neben finanziellen Ressourcen insbesondere unsere bewährten Schweizer Milizsoldaten – selbstverantwortliche Bürger, die letztlich mit ihrem Leben für Sicherheit und Freiheit einstehen. Es gibt dazu keine Alternative.

Korpskommandant André Blattmann
Chef der Armee